

Stadt Raguhn-Jeßnitz

Sitzungsniederschrift öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates der Stadt Raguhn-Jeßnitz vom 10.05.2023

**Ort: Gebäude der Begegnungsstätte,
Mühlstraße 8, OT Raguhn, 06779
Raguhn-Jeßnitz**

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 20.52 Uhr

Teilnehmer

Anwesend:

Herr Andreas Schröter
Frau Sabine Heinz
Herr Uwe Fromme
Herr Steffen Erdreich
Herr Uwe Ziegler
Herr Henry Gräfe
Herr Tilo Hörtzsch
Herr Stefan Krause
Herr Klaus Zschocke
Herr Hannes Loth
Herr Michael Dubrau
Herr Steffen Berkenbusch
Frau Gudrun Dietsch
Herr Manfred Dreißig
Herr Marcel Schröder
Herr Nils Naumann
Herr Eberhard Berger

Abwesend:

Herr Manfred Paulik
Herr Torsten Braune

Aus der Verwaltung:

Frau Mädchen-Vötig, kommissarische Bürgermeisterin
Frau Eurich, Bauleitplanung Bauamt
Frau Engelhardt, Protokollantin

Gäste:

Herr Kramer, GRK Potsdam Unternehmensberatung
Frau Nießner, Ortsbürgermeisterin Retzau
Herr Polese, Ortsbürgermeister Tornau v. d. Heide

Vorläufige Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Stadtrates und der Beschlussfähigkeit	
2.	Änderungsanträge zum öffentlichen Teil der Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung	
3.	Einwohnerfragestunde	
4.	Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates vom 21.03.2023 und 12.04.2023 (öffentlicher Teil)	
5.	Bericht der Ausschussvorsitzenden über die Arbeit in den Ausschüssen	
6.	Protokollkontrolle vom 21.03.2023 und 12.04.2023 (öffentlicher Teil)	
7.	Bericht des Bürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse aus der Sitzung des Stadtrates vom 21.03.2023 und 12.04.2023 sowie Informationen aus der Verwaltung (öffentlicher Teil)	
8.	Aufstellung der Vorschlagsliste zur Schöffenwahl 2023	33-2023

9.	Sachlicher Teilplan "Windenergie 2027 in der Planungsregion Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg" Bekanntmachung der allgemeinen Planungsabsicht	24-2023
10.	Abwägungsbeschluss zur Einbeziehungssatzung gem. § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB "Neuer Weg" OT Priorau, der Stadt Raguhn-Jeßnitz, für den Bereich in der Gemarkung Schierau, Flur 18, Flurstück 390	30-2023
11.	Satzungsbeschluss zur Einbeziehungssatzung gem. § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB "Neuer Weg" OT Priorau, für den Bereich der Gemarkung Schierau, Flur 18, Flurstück 390	31-2023
12.	Anfragen und Anregungen der Stadtratsmitglieder und des Bürgermeisters	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Stadtrates und der Beschlussfähigkeit
----	---

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Naumann, eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr und begrüßt die anwesenden Stadträte, die kommissarische Bürgermeisterin, die Ortsbürgermeister/in, Herrn Kramer, GRK Potsdam, die Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung sowie die anwesenden Einwohner. Von 19 Stadträten waren 17 Stadträte anwesend. Herr Naumann stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

2.	Änderungsanträge zum öffentlichen Teil der Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung
----	--

Schweigeminute in Gedenken an das ehemalige Mitglied des Ortschaftsrates Raguhn, Herrn Norbert Pietsch.

Der öffentliche Teil der vorliegenden Tagesordnung wurde mit 17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen einstimmig bestätigt.

3.	Einwohnerfragestunde
----	----------------------

- keine Einwohner anwesend -

4.	Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates vom 21.03.2023 und 12.04.2023 (öffentlicher Teil)
----	--

Der öffentliche Teil der vorliegenden Niederschrift vom 21.03.2023 wurde mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen bestätigt.

Der öffentliche Teil der vorliegenden Niederschrift vom 12.04.2023 wurde mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen bestätigt.

5.	Bericht der Ausschussvorsitzenden über die Arbeit in den Ausschüssen
----	--

Herr Berger, Vorsitzender Ausschuss Bau, Wirtschaft und Vergabe: Sitzung vom 09.05.2023
Schwerpunkte waren:

- Beratung zu Stellungnahmen Träger öffentlicher Belange aus den Nachbarkommunen zu Änderungen von Planungsgebieten
- Vorberatung der Beschlussvorlagen 24-2023, 30-2023 und 31-2023 für den Stadtrat

Anfragen von Stadtratsmitgliedern

Herr Hörtzsch spricht den TOP 9 "Festlegung investiver (Bau-)Maßnahmen zur Berücksichtigung in der Haushaltsplanung 2023" an.

1. Frage: Wieso wurde das als Tischvorlage im Bau- und Vergabeausschuss behandelt?

2. Frage: Wäre das nicht ein Vorschlag für den HFA gewesen?

Er verweist darauf, dass pikanterweise auch die letzten noch zur Verfügung stehenden Mittel, abgelehnt wurden.

Er fragt die Ausschussmitglieder, warum das abgelehnt wurde?

Herr Berger erklärt, dass dieser Punkt in der Sitzung des Ausschusses Bau, Wirtschaft und Vergabe am 28.03.2023, TOP 9 behandelt wurde. Er hat aus der Sitzung vom 09.05.2023 berichtet.

Der TOP 9 am 28.03.2023 betraf investive Maßnahmen, die in den Haushaltsplan 2023 aufgenommen werden sollen. Dazu gab es die Vorschlagsliste der Verwaltung. Angemeldet wurden weitaus mehr Maßnahmen. Es gab eine knappe Mehrheit, welche den Vorschlag abgelehnt hat. Warum und ob es sich um finanzielle Sachen handelt, dazu kann er keine Aussagen treffen.

Herr Hörtzsch schließt die Frage an, wie dazu weiter verfahren wird. Haben wir überhaupt in diesem Jahr noch etwas haushaltmäßig vor oder ist es damit getan? Wer diese Sitzungsniederschrift durchliest, sollte sich das Ergebnis noch einmal vor Augen führen. Da der Ausschuss diesen Vorschlag abgelehnt hat, ist er der Meinung, dass der HFA und der Stadtrat dazu einen Beschluss fassen müsste. Es sind wichtige Punkte darin enthalten: Straßenneubau, Anschaffungen Traktor, Feuerwehrfahrzeuge usw.

Es sind alles Dinge, wo ständig diskutiert wird, warum das nicht erledigt wird. Das wurde im Ausschuss einfach abgelehnt.

Es wurde die "Teufelsbreite" abgelehnt und überhaupt nicht darüber gesprochen.

Er weist darauf hin, dass der Ortschaftsrat Raguhn seine Investzuweisung dafür zur Verfügung gestellt hat. Er würde vielleicht auch einen Antrag dazu stellen, damit jede Fraktion ihre Meinung dazu sagen könnte.

Herr Berger erklärt, dass das nur eine Empfehlung für den Haushalt war. Er denkt, dass dieser Vorschlag in den Entwurf zum Haushalt eingearbeitet wird. Dieser wird dann zur Vorberatung dem HFA vorgelegt, wo dann über diese Sachen beraten werden kann. Es waren teilweise Sachen verankert, welche begonnen oder geplant waren bzw. erledigt werden müssen.

Frau Mädchen-Vötig führt aus, dass diese Liste im Bau- und Vergabeausschuss abgelehnt wurde. Aber trotzdem würde sie diese Liste in den Haushaltsplan einfließen lassen und als Thema zur Vorberatung im HFA zur Diskussion stellen. Sie ergänzt, dass man durchaus noch Maßnahmen austauschen kann.

Herr Hörtzsch ist für eine andere Vorgehensweise. Man tritt momentan auf der Stelle. Die Dinge müssen schnellstmöglich beraten werden. Die Punkte, welche dort aufgeführt sind, hätten schon längst abgearbeitet werden können. Das ist es, was die Bürger von uns erwarten. Es sind alles Dinge, die wichtig sind. Eine Sondersitzung zu einem anderen Thema bekommt man kurzfristig hin. Aber hier wird es demokratisch mit 1 Ja-Stimme, 1 Nein-Stimme und 2 haben überhaupt keine Meinung dazu, abgelehnt. Das sind diese Leute, die fachkompetent sind und in Zukunft Bürgermeister werden wollen.

Er möchte, dass das zur Beratung auf die Tagesordnung genommen wird, in welcher Form auch immer und zu jedem einzelnen Punkt muss beraten werden.

Herr Dreißig wünscht mehr Sachlichkeit. Es wurde gesagt, dass es noch im HFA beraten

wird. Er verbietet sich, dass darüber geurteilt wird, wie abgestimmt wird. Auch wer ablehnt bzw. sich enthält, kann sich damit befasst haben.

Herr Ziegler war als Mitglied in diesem Ausschuss bei der Abstimmung dabei. Er erklärt, dass nicht das Gesamtkonstrukt abgelehnt wurde. Es wurde vorgestellt, was es an Sparmaßnahmen gibt. Das war eine ziemlich hohe Summe. Dann wurden Projekte vorgeschlagen, welche aus Kostengründen nicht gemacht werden können.

Es ging nicht darum, dass das generell nicht ausgeführt wird, sondern nur Punkte daraus nicht gemacht werden sollen.

Herr Hörtzsch verweist darauf, dass dort steht: Der Ausschuss lehnt den Haushaltsvorschlag ab. Das ist ein beschließender Ausschuss.

Frau Mädchen-Vötig : wird Thema im übernächsten HFA.

Herr Krause, Vorsitzender Ausschuss Soziales: Keine Sitzung

Herr Erdreich, Vorsitzender Ausschuss Ordnung: Keine Sitzung

Es wird auf viele Antworten vom Landkreis gewartet.

Frau Mädchen-Vötig, komm. Bürgermeisterin, Haupt- und Finanzausschuss: Sitzung vom 02.05.2023

Schwerpunkte waren:

- Informationen zu Spenden, welche der Bürgermeister annehmen konnte
- Vorberatung BV 33-2023 Schöffenwahl für den Stadtrat

6.	Protokollkontrolle vom 21.03.2023 und 12.04.2023 (öffentlicher Teil)
----	--

Die Ausführungen sind den Stadträten vorab schriftlich zugegangen und werden für die Anwesenden durch die kommissarische Bürgermeisterin dargestellt (als Anlage zum Protokoll).

Anfragen der Stadtratsmitglieder

Herr Berkenbusch fragt zum geplanten Neubau des FW-Gerätehauses Retzau, ob sich dadurch die Baukosten erhöhen?

Frau Mädchen-Vötig wird die Antwort nachreichen.

Herr Loth fragt, ob dazu auch ein Speicher gehört?

7.	Bericht des Bürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse aus der Sitzung des Stadtrates vom 21.03.2023 und 12.04.2023 sowie Informationen aus der Verwaltung (öffentlicher Teil)
----	---

Die Ausführungen sind den Stadträten vorab schriftlich zugegangen und werden für die Anwesenden durch die kommissarische Bürgermeisterin dargestellt (als Anlage zum Protokoll).

Beschluss: Haus- und Parkordnung

Frau Dietsch weist darauf hin, dass sich die Aufstellung der Schilder immer noch verzögert.

- Gutspark Altjeßnitz: Eröffnung/Einweihung des Trinkwasserbrunnens am 11. Mai 2023 um 9.00 Uhr - Unterstützung durch die MIDEWA und auf Vorantreiben von Frau Dietsch, herzlichen Dank dafür.

Hinweise der Stadtratsmitglieder

Herr Berger erwähnt zur Endreinigung nach dem Winterdienst durch die Firma TOKO, dass er heute am Vormittag eine Straßenkehrmaschine in Raguhn gesehen hat. Ob diese von der Firma TOKO war, kann er nicht sagen.

Herr Berkenbusch kommt auf das Protokoll und die Beschlüsse zur Unabweisbarkeit zu sprechen. Er hat eindeutig gefragt, wo das Geld herkommt. Nun wird aufgrund des Stadtratsbeschlusses zur Unabweisbarkeit festgestellt, dass es dadurch zu einem Fehlbetrag von 1,5 Mio. Euro kommt. Als er in der letzten Sitzung die Fragen dazu gestellt hatte, konnte Frau Mädchen-Vötig nichts dazu sagen. Er findet es etwas sportlich, was hier vorgelegt wurde.

8.	Aufstellung der Vorschlagsliste zur Schöffenwahl 2023	33-2023
----	---	---------

Herr Naumann gibt bekannt, dass die Liste um Herrn Eberhard Berger, OT Marke, Stadt Raguhn-Jeßnitz ergänzt wurde.

Beschluss 33-2023 lautet wie folgt:

Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz beschließt die als Anlage beigefügte Vorschlagsliste zur Schöffenwahl 2023.

Gesetzl. Anz. der Mitglieder	: 20	davon anwesend	: 17
Abstimmung	Ja : 16	Nein : 1	Enthaltungen : 0
Mitwirkungsverbot	: 0		

Herr Loth fragt nach dem weiteren Verfahren. Wer wählt die Personen aus und wo?

Frau Mädchen-Vötig erklärt, dass diese Liste an das Amtsgericht weitergeleitet wird. Dort erfolgt die jeweilige Wahl. Es mussten mindestens 8 Personen benannt werden. Es haben sich wesentlich mehr Personen gemeldet.

Herr Berger führt aus, dass es einen Wahlausschuss gibt, welcher auch aus Mitgliedern des Kreistages besteht.

9.	Sachlicher Teilplan "Windenergie 2027 in der Planungsregion Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg" Bekanntmachung der allgemeinen Planungsabsicht	24-2023
----	---	---------

Herr Naumann verweist auf den Antrag der AfD-Fraktion. Änderungsantrag zum BV 24-2023
Es wird ein zweiter Punkt hinzugefügt.

"Der Stadtrat beauftragt den Bürgermeister zu prüfen, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um in den Windparks der Stadt Raguhn-Jeßnitz erzeugten Strom den Einwohnern der Stadt Raguhn-Jeßnitz mit einem eigenen Stromtarif anbieten zu können."

Begründung:

In Sachsen-Anhalt bietet mindestens ein Betreiber eines Windparks den Anwohnern einen eigenen Stromtarif an. Dieser liegt weit unter den derzeitigen durchschnittlichen Kosten in Sachsen-Anhalt. Dazu wurde eine Stromvermarktungsgesellschaft gegründet, die virtuell den Windstrom speichert und diesen Strom, den die Bürger rund um die Uhr benötigen, bereitstellt. Der Strom, der nicht an die Bürger vermarktet wird, wird an der Strombörse verkauft. Solange die Bürger der Stadt keine zusätzlichen Vorteile, als die gesetzlich

vorgeschriebenen Benefits haben, sollten die Bürger nicht mit den negativen Auswirkungen der erneuerbaren Energien belastet werden.

Herr Berger führt aus, dass dieser Ergänzungsantrag im gestrigen Ausschuss Bau, Wirtschaft und Vergabe einstimmig Zustimmung fand.

Im Beschlussvorschlag ist ein Fehler aufgetaucht. Der letzte Satz ist zu streichen.

Frau Nießner verweist auf die Stellungnahme der Ortschaft Retzau. Der OR hat nichts gegen neue Energieformen, Wind, Solar usw. Aber es muss für die Menschen vorort bezahlbar bleiben. Es kann nicht sein, dass die Betreiber zusehen, dass immer neue Fördergelder kommen, um neue Anlagen aufzubauen, aber letztendlich der Strom nach oben geht. Der OR hat sich dagegen geäußert, solange nicht geklärt ist, dass die Kommunen, die Windkraftanlagen in ihrem Gebiet haben, davon profitieren können - entweder finanziell oder einem entsprechenden Strompreis. Außerdem ist zu klären, dass der Rückbau zu finanzieren ist. Die Fundamente können nicht mehr genutzt werden, weil die Größen und Abstände anders sind. Zudem sind die ganzen Flügelanlagen zurückzubauen. Wenn die Anlagen noch funktionieren, wäre es eine Ressourcenvergeudung.

Herr Loth führt aus, dass ein Großteil der abgebauten Windkraftanlagen ins Ausland gehen und dort wieder aufgebaut werden (z. B. Griechenland). Theoretisch müssen die Betonfundamente komplett entfernt werden. So ist es in den Planungsunterlagen hinterlegt. Dafür gibt es eine Rückstellung durch die Betreiber, die eine Rücklage in Höhe bis 100.000 Euro für den Abbau gebildet haben. Der Abbau bringt jetzt den Betreibern, da Betonrecycling und Stahl derzeit sehr teuer ist, Einsparungen. Deshalb brauchen diese derzeit max. 10.000 bis 15.000 Euro. (Hinweis Schleswig-Holstein und Sachsen)

Frau Eurich merkt an, dass die Stellungnahme jeder einzelnen Ortschaft als Anlage zum Beschlussvorschlag angefügt wurde. Alle Stellungnahmen wurden wörtlich übernommen. Es handelt sich um die Absteckung des Umfangs und Detaillierungsgrades der Untersuchung. Es ist noch keine förmliche Beteiligung. Die förmliche Beteiligung erfolgt im nächsten Schritt. Es handelt sich um die Voruntersuchung. Es soll präzise mitgeteilt werden, ob dieser Untersuchungsrahmen für uns ausreichend ist. Jede Ortschaft hat das behandelt und in der Stellungnahme festgehalten.

Herr Berger ergänzt, dass man sich im Bauausschuss dazu verständigt hat, diese Stellungnahmen anzufügen und die Empfehlung dafür auszusprechen.

Frau Eurich erklärt, dass die Stellungnahmen Bestandteil des Beschlussantrages sind.

Frau Dietsch erinnert an den Antrag der AfD-Fraktion.

Herr Naumann wiederholt den **Antrag der AfD-Fraktion** als Ergänzung zum Text der BV 24-2023 - als 2. Punkt hinzufügen.

Abstimmung zur Ergänzung de Beschlussantrages: 17 Ja-Stimmen (einstimmig)

Beschluss 24-2023 lautet wie folgt:

Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz gibt nachfolgend aufgeführte Vorschläge, Anregungen und Bedenken für einen Entwurf des Sachlichen Teilplans "Windenergie 2027 in der Planungsregion Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg" einschließlich Strategischer Umweltprüfung.

Der Stadtrat beauftragt den Bürgermeister zu prüfen, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um in den Windparks der Stadt Raguhn-Jeßnitz erzeugten Strom den Einwohnern der Stadt Raguhn-Jeßnitz mit einem eigenen Stromtarif anbieten zu können.

Gesetzl. Anz. der Mitglieder : 20 davon anwesend : 17
Abstimmung Ja : 17 Nein : 0 **Enthaltungen : 0**
Mitwirkungsverbot : 0

10.	Abwägungsbeschluss zur Einbeziehungssatzung gem. § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB "Neuer Weg" OT Priorau, der Stadt Raguhn-Jeßnitz, für den Bereich in der Gemarkung Schierau, Flur 18, Flurstück 390	30-2023
-----	---	---------

- keine Anfragen und Wortmeldungen -

Beschluss 30-2023 lautet wie folgt:

Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz beschließt über die im Rahmen der Beteiligung gemäß §§ 3 und 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der nach § 2 Abs. 2 BauGB beteiligten Nachbargemeinden entsprechend der in der Vorlage enthaltenen Beschlussempfehlungen.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Bedenken und Anregungen vorgebracht haben, sind vom Ergebnis der Abwägung in Kenntnis zu setzen.

Anlage: Abwägungsunterlagen

Gesetzl. Anz. der Mitglieder : 20 davon anwesend : 17
Abstimmung Ja : 17 Nein : 0 **Enthaltungen : 0**
Mitwirkungsverbot : 0

11.	Satzungsbeschluss zur Einbeziehungssatzung gem. § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB "Neuer Weg" OT Priorau, für den Bereich der Gemarkung Schierau, Flur 18, Flurstück 390	31-2023
-----	---	---------

- keine Anfragen und Wortmeldungen -

Beschluss 31-2023 lautet wie folgt:

Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz beschließt die Einbeziehungssatzung "Neuer Weg" OT Priorau, bestehend aus der Satzung und der zeichnerischen Darstellung der Satzung, in der Fassung vom März 2023. Die dazugehörige Begründung mit Anlage wird gebilligt.

Der Beschluss der Einbeziehungssatzung ist ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist anzugeben, wo die Satzung während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann. Mit der Bekanntmachung tritt die Satzung in Kraft.

Anlagen

Einbeziehungssatzung (Plan, Begründung, Satzungstext)

Gesetzl. Anz. der Mitglieder : 20 davon anwesend : 17
Abstimmung Ja : 17 Nein : 0 **Enthaltungen : 0**
Mitwirkungsverbot : 0

12.	Anfragen und Anregungen der Stadtratsmitglieder und des Bürgermeisters	
-----	--	--

Herr Fromme fragt, wann der Urwald, der früher Rasen war, behandelt wird? Es betrifft nicht

nur Jeßnitz. Es gibt Rasenflächen, wo das Gras über 50 cm hoch steht.

- Hinweis an das Ordnungsamt zum Müllberg gegenüber dem Jeßnitzer Rathaus, Conradiplatz 1. Es sind Müllsäcke und gelbe Säcke, die sicherlich von der Entsorgung nicht mitgenommen werden, weil dort alles mögliche enthalten sein wird. Seit mindestens 14 Tagen.
 - Ihm sind wiederholt auf der Muldensteiner Straße Radfahrer von Roßdorf in Richtung Jeßnitz auf der Straße entgegen gekommen, obwohl es dort einen hervorragenden Radweg gibt. Die Radfahrer nutzten die Straßen, weil das Schild "Radweg" von Roßdorf aus seit mindestens 2 Jahren nicht vorhanden ist. Der OR hat schon mehrfach darauf in seinen Sitzungen hingewiesen.
-

Herr Loth hat eine Anfrage bekommen. Die Wahlhelfer bekommen Erfrischungsgeld. Die Feuerwehr hat eine Suppe mit Würstchen für die Wahlhelfer gekocht. Er fragt, ob es in diesem Jahr nicht so sein soll?

Frau Mädchen-Vötig bestätigt, da es keinen Haushalt gibt.

Herr Loth fragt, wie hoch die Kosten sind?

Frau Mädchen-Vötig glaubt, es waren zwischen 400 - 800 Euro.

Herr Loth kommt auf die Ausschreibungen zur Kita zu sprechen. Er fragt, welches Datum für die Lieferung angegeben wurde und wie der Umzug organisiert wird?

Frau Mädchen-Vötig erklärt für die Möbel 30.09.2023. Der Umzug wird vom Bauhof realisiert.

Herr Loth empfiehlt, einen Aufruf der Stadt zur Gewinnung von freiwilligen Helfern.

Dem stimmt Frau Mädchen-Vötig zu, wahrscheinlich wird auch die Verwaltung mit einbezogen werden müssen. Der Umzug muss innerhalb einer Woche passieren.

Herr Krause ergänzt zum Hinweis von Herrn Fromme zur Grasmahd, dass in diesem Jahr die Ausschreibung nur für die Grasmahd mit Mulchen und nicht für den Abtransport erfolgt sei. Er wurde dazu angesprochen von einer Firma, welche sich an der Ausschreibung beteiligt hat.

Weiterhin spricht er an, dass Hauptthema eines Bürgermeisterkandidaten sei, dass die Stadt sich nicht an einem Gewerbegebiet mit Zörbig beteiligen würde. Er führt aus, dass das nicht stimmt.

Herr Berger verweist darauf, dass der ehemalige Bürgermeister in öffentlicher Sitzung vor ca. 1/2 Jahr kundgetan hat, dass es zwischen den Kommunen Bitterfeld-Wolfen, Zörbig und Raguhn-Jeßnitz das Bestreben gibt, in der Nähe der zukünftigen Anschlussstelle B6n und A9 ein Gewerbegebiet zu schaffen. Er wundert sich auch, dass er als Vorsitzender des Bau- und Vergabeausschusses nicht informiert wurde, dass diese Bestrebungen nicht mehr bestehen. Er musste sich dazu Informationen von Bürgermeistern aus Nachbarkommunen holen. Es gab wohl das Argument, dass dazu der Flächennutzungsplan geändert werden müsste, was die Stadt wohl nicht vorhabe.

Frau Dietsch informiert, dass die Plattform im Irrgarten mit nicht zugelassenen Brettern erneuert wurde. Es ist bei Nässe glatt - Sturzgefahr. Es ist die Bestrebung des Bauamtes

rauszufinden, welchen Belag man verwenden könnte, um die Rutschgefahr zu beseitigen. Sie hatte es dem Mitarbeiter gesagt, dass dieses Material ungeeignet ist. Dieser hat das abgestritten. Im öffentlichen Bereich müssen Bretter geschlitzt sein, wenn sie betreten werden. Ihr ist bekannt, dass derzeit ein Belag gesucht wird. Es sind unnütze Kosten.

19.43 Uhr Ende öffentlicher Teil